

1 **Beschluß einstimmig** Regionalkonferenz SPD-MR

2  
3  
4 **Fahrten rauf, Preise runter bei Bus und Bahn**

5  
6 Die SPD Mittelrhein begrüßt die Einführung eines bundesweit gültigen 49-€-Tickets  
7 als neues, einheitliches Basisangebot für Bus und Bahn. Hieraus resultiert die  
8 Notwendigkeit zur Überarbeitung der bestehenden Tarifstruktur im Verkehrsverbund  
9 Rhein-Sieg - wo wir , nach Einführung des 49.- Euro Tickets, weitere  
10 Preiserhöhungen ablehnen.

11  
12 Wir fordern neben dem bundesweit gültigen 49-€-Ticket vergünstigte Ticketmodelle  
13 für das Rheinland und NRW. Die NRW-Landesregierung wird aufgefordert, alle heute  
14 bestehenden Zuschüsse zu ermäßigten Tarifen (AzubiTicket, SozialTicket,  
15 SchülerTicket und SemesterTicket) in vollem Umfang zu erhalten und zu  
16 dynamisieren, um die Mittel so weiterhin zum Vorteil für die genannten Zielgruppen  
17 einsetzen zu können. Im Einzelnen fordern wir:

- 18  
19 - Für Kinder und Jugendliche bis zum Alter von 18 Jahren einen kostenlosen  
20 ÖPNV. Dies würde neben dem sozialen und ökologischen Nutzen zu  
21 einem erheblichen Bürokratieabbau in den Verwaltungen für den Bereich  
22 Schülerfahrtkosten sorgen.  
23  
24 - Ein neues Ticket für ältere Schüler:innen und Azubis für maximal 29 € pro  
25 Monat.  
26  
27 - Für Studierende fordern wir eine bundesweite Nutzungsmöglichkeit ihrer  
28 Semestertickets.  
29  
30 - Ein Sozialticket für einheitlich maximal 29 € pro Monat.

31  
32 Wir fordern daher die NRW-Landesregierung auf, gemeinsam mit den  
33 Verkehrsverbänden eine einheitliche Ticketlösung für die genannten Zielgruppen  
34 kurzfristig zu entwickeln und zu finanzieren.

35  
36 Die Finanzierung muss dabei so gestaltet sein, dass die Qualität des ÖPNV gesichert  
37 und ausgebaut werden kann.

38  
39 Wir fordern für die Verkehrsangebote im ländlichen Raum eine Bestandsgarantie  
40 durch die NRW-Landesregierung.

41  
42 In diesem Zusammenhang ist eine Überprüfung der Struktur der Verkehrsverbände  
43 geboten, wobei diese weiter in kommunaler Hand bleiben soll.